Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/7308

24. 03. 97

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 13/6202 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 23. Januar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen

A. Problem

Das Übereinkommen soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen deutschen, französischen und Schweizer Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen im Rahmen ihrer Befugnisse und unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts und der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien erleichtern und fördern.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

   Bund, Länder und Gemeinden werden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

2. Vollzugsaufwand

   Das Gesetz bedarf keines besonderen Vollzugs. Mehraufwand entsteht daher nicht.

E. Sonstige Kosten

Wirtschaft, soziale Sicherungssysteme oder andere öffentliche oder private Stellen werden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem Gesetzentwurf auf Drucksache 13/6202 wird zugestimmt.

Bonn, den 19. März 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Karl-Heinz Hornhues

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 145. Sitzung am 5. Dezember 1996 den Gesetzentwurf auf Drucksache 13/6202 an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 den vorliegenden Gesetzentwurf beraten und einstimmig seine Annahme empfohlen.

III.

In seiner 60. Sitzung vom 19. März 1997 hat der Auswärtige Ausschuß den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 13/6202 beraten und einstimmig – bei Enthaltung der Gruppe der PDS – seine Annahme empfohlen.

Bonn, den 19. März 1997

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333